

KREISDELEGIERTENVERSAMMLUNG

SPD LICHTENBERG

13. APRIL 2024



ANTRAGSNUMMER

A 09 – 2024

INI

BESCHLUSS KDV:

ANGENOMMEN

ABGELEHNT

ÜBERWIESEN AN

ANTRAGSTELLER*IN: Abteilung 1 Neu-Hohenschönhausen

WEITERLEITUNG:		EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	VOTUM:
BVV-FRAKTION	<input checked="" type="checkbox"/>	ANNAHME URSPRUNGSFASSUNG	<input type="checkbox"/>
LANDESPARTEITAG	<input type="checkbox"/>	ANNAHME FASSUNG AK	<input checked="" type="checkbox"/>
AGH-FRAKTION	<input checked="" type="checkbox"/>	ABLEHNUNG	<input type="checkbox"/>
BUNDESPARTEITAG	<input type="checkbox"/>	KEINE EMPFEHLUNG	<input type="checkbox"/>

DIE KDV DER SPD LICHTENBERG HAT BESCHLOSSEN:

TITEL: „Transparenz und Offenheit bei neuen Unterkünften für Geflüchtete“

- 1 Als SPD Lichtenberg bekennen wir uns zu unserer Verantwortung, zu uns flüchtende Menschen
- 2 aufzunehmen. Dafür ist auch die Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften nötig. Dies stellt
- 3 aber immer nur die zweitbeste Lösung dar. Langfristig müssen wir die Verfügbarkeit von Wohn-
- 4 raum erhöhen, um auch Geflüchtete dezentral in angemessenen Wohnungen unterbringen zu
- 5 können.
- 6 Gemeinschaftsunterkünfte sind bereits jetzt ungleich über die Berliner Bezirke verteilt. Die Feh-
- 7 ler, die 2014/15 gemacht wurden – unzureichende Einbeziehung der Bezirke, schlechte Kommu-
- 8 nikation gegenüber den Anwohnenden, unzureichende Versorgung mit sozialer Infrastruktur –
- 9 dürfen sich jetzt keineswegs wiederholen.

KREISDELEGIERTENVERSAMMLUNG

SPD LICHTENBERG

13. APRIL 2024



10 Hierfür braucht es eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Senat und Bezirk sowie ein
11 abgestimmtes Vorgehen und gemeinsame Entscheidungen bezüglich möglicher neuer Stand-
12 orte. Für die frühzeitige Kommunikation gegenüber den Anwohnenden sehen wir in erster Linie
13 den Senat in der Pflicht, um die gesamtstädtische Perspektive darzustellen.

14 Ein entscheidendes Kriterium für die Auswahl von Standorten ist für uns die soziale Infrastruktur.
15 Nur wenn diese zur Verfügung steht bzw. parallel mit den neuen Unterkünften geschaffen wird,
16 kann Integration gelingen. Keinesfalls dürfen Standorte, für die der Bezirk soziale Infrastruktur
17 beschlossen hat und bei denen die Finanzierung bzw. ein Zeitplan gesichert ist, für zusätzliche
18 Unterkünfte genutzt werden, ohne dass es hierfür seitens des Senats eine Kompensation gibt –
19 etwa durch Zurverfügungstellung eines geeigneten Ersatzgrundstücks.

20 Zudem soll die Einrichtung einer Task Force geprüft werden, mit folgendem Ziel: Bildung einer
21 Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Aufnahme, Teilhabe und Inklusion von Geflüchteten, be-
22 stehend aus Vertreter*innen des Bezirksamts, lokalen NGOs, Wirtschaftsverbänden und Geflüch-
23 teten-Organisationen.